



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

P 315 Postulat Frey Monique und Mit. über Massnahmen gegen die Versauerung des Waldbodens / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Urs Brücker und Hasan Candan beantragen teilweise Erheblicherklärung.

Monique Frey, vertreten durch Andreas Hofer, hält an ihrem Postulat fest.

Urs Brücker: Stickstoff ist ein Schlüsselement für die gesamte Natur und für die Produktion von Eiweiss und damit für unsere Nahrung essenziell. Stickstoff wird in Form von Hofdünger, Mineraldünger, Krafffutter usw. eingesetzt und in die Umwelt gebracht. Das vorliegende Postulat spricht ein zentrales Umweltproblem an, nämlich die Schattenseite des lebensnotwendigen Stickstoffeinsatzes. Riesige Mengen dieser Stickstoffverbindungen gelangen als Stickoxid, Ammoniak, Nitrat und Lachgas in die Luft, die Böden und das Wasser und führen zur Versauerung dieser Böden und zu einer Überdüngung von Ökosystemen, und sie entziehen den Gewässern Sauerstoff oder verstärken als sehr starkes Klimagas die Klimaerwärmung. Der Handlungsbedarf zur Reduktion des Stickstoffausstosses ist europaweit erkannt. Die Schweiz hat sich verpflichtet, diese Emissionen bis 2020 zu reduzieren. Dieses Ziel wird die Schweiz nicht erreichen. Im Kanton Luzern, wo vor allem die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft Sorge bereiten, steht es mit der Erreichung der im Rahmen des Massnahmenplans Ammoniak festgelegten Reduktionsziele relativ schlecht. Gemäss dem Massnahmenplan Luft, Teilplan Ammoniak, aus dem Jahr 2007 sollten in unserem Kanton die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft um 30 Prozent gesenkt werden. Bereits heute steht fest, dass dieses Ziel mit den laufenden Massnahmen nicht erreicht werden kann. Seit 2007 konnten die Ammoniakverluste nur gerade um 4,5 Prozent gesenkt werden, die angestrebte Reduktion lag bei 15 Prozent. Dazu kommt, dass das Bundesprogramm zur Steigerung des Tierwohls (RAUS-Programm) insbesondere bei den Rindern zu mehr Ammoniakverlusten führt. Dort besteht ein klarer Konflikt zwischen dem Tierwohl und der Tierhaltung und dem Ammoniakverlust. Ohne Zweifel besteht ein grosser Handlungsbedarf. Die Forderungen des Postulats sind aber zu fundamental. Eine kantonale Verfügung zur Reduktion der Tierbestände lehnt die GLP genauso ab wie die Einschränkungen von Fahrzeugen aufgrund der Stickoxidemissionen. In unseren Augen geht es aber auch nicht, dass der Kanton gar nichts gegen den viel zu hohen Ammoniakausstoss unternehmen will. Genau das lässt jedoch der AFP befürchten. Im Jahr 2018 sind noch 40 000 Franken für eine Projektgruppe eingestellt, die Massnahmen prüfen soll. Ab 2019–2021 sind keine weiteren finanziellen Mittel mehr dafür vorgesehen. Das lässt nichts Gutes erahnen. Die GLP-Fraktion beantragt deshalb die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Hasan Candan: Wir sind über die Entwicklung in diesem Bereich schockiert. Gemäss dem Massnahmenplan Luft, Teilplan Ammoniak, sollen bis 2030 die Ammoniakemissionen aus

der Landwirtschaft um 30 Prozent gesenkt werden. Bereits heute steht aber fest, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Eine solche Aussage des Regierungsrates schockiert uns. Es ist deshalb an der Zeit, Klartext zu reden. Der Kanton Luzern ist in dieser Thematik gescheitert, weil er eine falsche Strategie verfolgt. Ich möchte einmal meinen Kindern nicht sagen müssen, dass wir leider keinen Wald mehr haben und es den Gewässern schlecht geht, nur weil der Kanton seine Steuern für die Unternehmen senken wollte. Aber die 2007 gesetzten Ziele des Massnahmenplans Ammoniak sind in weite Ferne gerückt. Zwar will die Regierung gewisse Massnahmen ergreifen, aber nur soweit sie nicht in der Kompetenz des Bundes liegen. Aber es ist nicht damit getan, die Verantwortung einfach auf den Bund abzuschieben. Der Regierungsrat soll in dieser Thematik endlich proaktiv werden. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären, damit sich die Regierung dieser Herausforderung stellen kann.

Andreas Hofer: Am Schluss der regierungsrätlichen Stellungnahme heisst es: „Zusammenfassend halten wir fest, dass es zusätzliche Massnahmen braucht, um die Ziele des Massnahmenplans Ammoniak aus dem Jahr 2007 zu erreichen.“ Soweit sind wir mit der Regierung einverstanden. Der Massnahmenplan Ammoniak aus dem Jahr 2007 sieht vor, dass Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft bis ins Jahr 2030 um 30 Prozent reduziert werden sollen. Wo stehen wir zehn Jahre später? Der Kanton Luzern hat die Ammoniakemissionen nicht reduziert, sondern befindet sich am fast gleichen Punkt wie vor zehn Jahren. Die Regierung schreibt weiter: „Bereits heute steht fest, dass dieses Ziel mit den laufenden Massnahmen nicht erreicht werden kann.“ Was macht aber die Regierung – sogenannte „Pflasterlipolitik“ und Symptombekämpfung. Dabei ist die Ursache des Problems allen bekannt. Die Ammoniakemissionen im Kanton Luzern entstehen zu 90 Prozent in der Landwirtschaft, weil wir extrem hohe Tierbestände haben. Die intensive Tierhaltung hat mit ihren Ammoniakemissionen nicht nur Auswirkungen auf die Waldböden und somit auf den Wald, sondern mit dem Phosphat auch auf unsere Gewässer und die Qualität des Grundwassers. Die Lösung wäre so einfach: die Tierbestände müssten reduziert werden. Weniger Tiere bedeuten weniger Gülle, weniger Phosphat und weniger Ammoniak. Was macht die Regierung – das genaue Gegenteil. Die Dienststelle Raum und Wirtschaft (rawi) bewilligt einen grossen Maststall nach dem anderen. Die Regierung schreibt weiter, dass die im Kanton Luzern gemachten Fortschritte bezüglich Ammoniak zum grössten Teil durch Massnahmen des Bundes zur Steigerung des Tierwohls wieder zunichtegemacht wurden. Solche Aussagen kann ich nicht nachvollziehen. So ist also nicht die Politik an dieser Situation schuld, sondern die Tiere selber, weil sie mehr auf die Weide dürfen und weil sie in Laufställen gehalten werden. Seit Jahrzehnten betreibt die Regierung „Pflasterlipolitik“, weil sie nicht den Mut dazu hat, die Ursachen anzugehen. Die Ursachen sind auf die hohen Tierbestände zurückzuführen. Das Postulat ist nicht gegen unsere Bauern mit einem angemessenen Tierbestand gerichtet, sondern gegen die unsäglichen Mastbetriebe in unserem Kanton. Es ist erfreulich, heute in der „Luzerner Zeitung“ lesen zu können, dass die Regierung den Massnahmenplan Ammoniak strenger durchsetzen will, auch für unsere Bauern, denn die effektiven Leistungen für die Ammoniakreduktion sollen besser abgegolten werden. Nach meinem Rechtsverständnis wird der bestraft, der unsere Umwelt schädigt. In der Landwirtschaft sieht es anders aus. Die Bauern erhalten Geld, damit sie die Umwelt nicht verschmutzen. Das wäre ja wie wenn Baugeschäfte Geld dafür erhalten würden, damit sie keine Gewässer verschmutzen, oder wenn ein Metzger Geld erhalten würde, damit er kein verdorbenes Fleisch verkauft. Weiter wird im Artikel der „Luzerner Zeitung“ der Sekretär des Luzerner Bauernverbands zitiert: „Einerseits fordert die Gesellschaft mehr Freiluft für Tiere, andererseits wird eine emissionsfreie Landwirtschaft gefordert. Beides kann man nicht haben.“ Doch, das geht. Ohne Mastbetriebe würde es den Tieren und der Umwelt besser gehen, und die Bauern würden einen anständigen Preis für das Schweinefleisch erhalten. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Markus Odermatt: Die Landwirtschaft ist sich der Stickstoffproblematik bewusst. Die Tatsache, dass grössere Einträge von NH_3 in die Waldböden Schäden verursachen können, ist längstens bekannt. Die Landwirtschaft befindet sich hier in einem Zielkonflikt. Auf der

einen Seite möchten wir gesunde und naturnahe Produkte produzieren, auf der anderen Seite sollten diese auch noch umweltschonend und tierfreundlich sein. Wir sind bemüht, die Ammoniakemissionen in der Landwirtschaft mit verschiedenen Massnahmen zu reduzieren. Heute wird die Jauche mit dem Schleppschlauchverteiler bei günstigen Wetterbedingungen ausgebracht, das führt zu einer besseren Endeffizienz. Dadurch werden die NH_3 -Verluste ebenfalls reduziert. Weitere praxistaugliche Massnahmen wie das Abdecken von Jauchegruben sowie Laufgänge mit Quergefälle und Hartsammelrinnen werden ebenfalls angewendet. Die tierfreundlichen Haltungssysteme wie BTS- und RAUS-Programme zur Steigerung des Tierwohls haben sich in der Landwirtschaft etabliert, aber leider auch den Nebeneffekt einer erhöhten Ammoniakemission zur Folge. Es darf festgestellt werden, dass die Zunahme der Ammoniakemissionen zumindest nicht gestiegen ist. Es macht auch keinen Sinn, die Produktion weiter einzuschränken und damit die benötigten Lebensmittel aus der ganzen Welt in die Schweiz zu importieren. Diese Lebensmittel werden sicher nicht mit dem gleichen Standard hergestellt wie in der Schweiz. Die Branche erwartet koordinierte, abgestimmte und praxistaugliche Massnahmen. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement hat im Voranschlag einen Zielschwerpunkt formuliert und will weitere Massnahmen prüfen. Die Stickstoffdynamik und die landwirtschaftliche Produktion sind komplexe Themen. Daher sind keine einfachen Lösungen zu erwarten. Die Branche ist sich der Problematik bewusst. Sie engagiert sich in verschiedenen Bereichen, um die Stickstoffemissionen zu reduzieren. Aus den genannten Gründen lehnt die CVP-Fraktion das Postulat ab.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Einige Forderungen des Postulats sind bereits erfüllt, oder man ist auf dem Weg dazu. Die Karte für die Basensättigung wird erstellt. Wir sehen es auch nicht als Unglück an, dass die Arbeiten aufgrund der finanziellen Situation ins Stottern geraten sind, weil es sich dabei um langfristige Ziele handelt. Der ganze Klimawandel fordert die Förster viel mehr als nur die Versauerung des Waldbodens. Um dem Klimawandel entgegenwirken zu können, werden bereits jetzt entsprechende Strategien erstellt. In der Landwirtschaft sind ebenfalls bereits einige Massnahmen umgesetzt worden. Es gibt auch die Konflikte zwischen Tierwohl und Umwelt. Die Situation wurde aber schlechter dargestellt, als sie tatsächlich ist. Vor einigen Jahren führten wir noch Diskussionen über Nitrate in Gewässern; dieses Problem konnte aber schnell gelöst werden. Die Problematik der Seen ist vor allem auf Phosphor und abgelagerte Materialien aus früheren Zeiten zurückzuführen. Extreme regionale Einschränkungen sind keine Lösungen. Letztendlich sind es die Konsumenten, die Fleisch kaufen wollen, nötigenfalls auch aus einem anderen Kanton. Vielleicht kaufen sie in diesem Fall sogar Fleisch aus viel grösseren Betrieben. Da bereits ein gewisses Monitoring besteht, braucht es weder weitere Verwaltungsmassnahmen noch Berichte. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jost Troxler: Die Luzerner Landwirtschaft hat in den letzten Jahren viel zur Reduktion der Ammoniakbelastung beigetragen, insbesondere in der Tierhaltung. Es werden bereits viele Massnahmen umgesetzt, beispielsweise mit dem Einsatz von Schleppschläuchen. Im Frühling soll zudem eine Vollzeitstelle für einen Fachexperten Ammoniak geschaffen werden. Die Postulantin fordert von der Regierung trotzdem weitere Massnahmen. Die Forderungen sind für die SVP inakzeptabel und gehen um einiges zu weit. Die Forderungen sind wirtschaftsfeindlich, sie zerstören die Wertschöpfung der einheimischen Landwirtschaft und in der Region. Es handelt sich zudem um unbezahlbare und unverhältnismässige Forderungen. Wir Bauern befinden uns in einem Zielkonflikt. Mit der Forderung nach einem grösseren Tierwohl mit grosszügigen Laufställen und Auslauf nehmen gleichzeitig die Emissionen zu. Als Landwirt und Waldbesitzer bin ich täglich in der Natur. Meiner Meinung nach geht es unserem Wald gut. Mir kommt es vor, als befänden wir uns wieder in den 80er-Jahren, als ich zwei Hektaren Wald übernommen habe. Damals war die Rede vom Waldsterben, aber der Wald existiert weiterhin in seiner vollen Pracht und mit einer Artenvielfalt. Noch etwas zum Fleisch: Es wäre wohl kaum sinnvoll, wenn wir künftig nur noch Fleisch aus Brasilien kaufen könnten. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hasan Candan: In den 80er-Jahren waren die Emissionswerte noch nicht so hoch. Jost

Troxler vermittelt den Eindruck, als müsste diesbezüglich gar nichts unternommen werden. Bedingt durch die hohen Stickstoffemissionen bilden die Bäume keine tiefen Wurzeln mehr. Das ist einer der Gründe, warum der Sturm Lothar so hohe Schäden verursachen konnte. Die Holzwirtschaft leidet ebenfalls unter den hohen Stickstoffemissionen.

Jost Troxler: Ich mache mit Hasan Candan gerne eine Führung durch meinen grünen Wald, er kann mir im Gegenzug den sauren Boden zeigen. Viele Menschen legen über die Festtage unzählige Flugstunden zurück, ich möchte nicht wissen, wie hoch die dadurch verursachte Umweltbelastung ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Versauerung des Waldbodens ist tatsächlich ein Problem. Mit dem Massnahmenplan Luft, Teilplan Ammoniak, aus dem Jahr 2007 wurden Ziele festgelegt. Leider ist aber bereits heute klar, dass diese Ziele bis ins Jahr 2030 nicht erreicht werden können. Man kann sich jetzt entweder schockiert zeigen oder das Problem realistisch angehen. Vielleicht waren die gesetzten Ziele etwas zu optimistisch oder gar unrealistisch. Wir haben uns dieses Themas angenommen und diskutieren zusammen mit der Branche über 50 Massnahmen, die wir umsetzen möchten. Das Postulat stellt unrealistische Forderungen. Aus diesem Grund lehnt die Regierung das Postulat ab. Die Forderungen können zwar leicht formuliert werden, aber zum Teil können sie nicht einmal umgesetzt werden. Die heutige Diskussion hat gezeigt, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handelt. Trotzdem verschliesst die Regierung nicht einfach die Augen davor. Was für Massnahmen werden aber ergriffen? Der Bund hat in seinem Bericht die Reduktion der Stickstoffemissionen an der Quelle zum prioritären Ziel erklärt und stellt entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung. Wir sind in den folgenden Bereichen tätig: Wie im Postulat gefordert arbeiten wir zurzeit eine räumlich differenzierte Karte aus. In der Landwirtschaft können wir nicht einfach mittels einer Verfügung eine Reduktion des Tierbestands vornehmen. Das hätte wirtschaftliche Folgen und Auswirkungen auf die geplante Landwirtschaftsstrategie. Auf Bundesebene wird im Rahmen der Ressourceneffizienzbeiträge weiterhin der Einsatz von Schleppschläuchen gefördert. Bei der Überarbeitung des Massnahmenplans Luft, Teilplan Ammoniak, wird zusammen mit der Branche die Einführung von weiteren Massnahmen geprüft, damit die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft reduziert werden können. Die Forderungen bezüglich Luft und Verkehr können wir nicht einfach nur für den Kanton Luzern erfüllen. Ergänzende Grenzwerte zu den EU-Normen sind heute praktisch unmöglich. Weiter nimmt der Kanton Luzern an den Programmvereinbarungen Wald des Bundes teil. Wir werden die Bevölkerung nach dem Jahreswechsel mit dem Umweltbericht über die Problematik informieren und erwarten zusammen mit der Branche eine konstruktive Zusammenarbeit am runden Tisch. Sofern die Massnahmen in der Kompetenz des Kantons liegen, werden sie auch weitergeführt. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 80 zu 20 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 81 zu 22 Stimmen ab.